wir uns enge an den König, das Symbol der Einheit, an; er sei unser Hort. Ich sage dies heute, wie ich es 1864 gesagt habe; nur die Monarchie bezeichnet die Einheit und die Zukunft des Vaterlandes. (Sehr richtig.) In diesem Glauben, welcher der Glaube des Vaterlandes ist, müssen wir die Gefahren vermeiden, die inneren und äußeren Feinde bekämpfen und Italien zu jener Größe erheben, die wir angestrebt haben und ohne welche wir nicht bestehen könnten." (Lang anhaltender, lebhafter Beifall.) Hierauf vertheidigte der Justizminister die Gesetzlichkeit und Verfassungsmäßigkeit des Belagerungszustandes sowie die Einhaltung desselben und die Einsetzung der Kriegsgerichte. Sodann wurde die Sitzung aufgehoben. — Der Senat verweigerte in geheimer Sitzung die durch das Cabinet Giolitti erfolgte Ernennung der neuen Senatoren Colucci, Pellegrino und Cittadini für giltig zu erklären.

* **Rom**, 1. März. (Telegramm.) Die Parlaments-Commission beschloß heute in der Deputirtenkammer die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung des Deputirten Giustina und die Aufrechterhaltung der Haft desselben zu beantragen.

* **Aus Mailand**, 28. Februar, wird der „Frkf. Ztg." gemeldet: Die Reise des Kaisers von Oesterreich durch Italien wird von den Tagesblättern lebhaft besprochen; sie wird für politisch bedeutungsvoll gehalten. Der Besuch des Kaiserpaares auf der Rückreise bei dem Könige und der Königin in Monza ist wahrscheinlich. Der Kaiser reist incognito über Luino, Alexandria, Acqui, Savona und Ventimiglia und wird von den Consuln und Präfecten auf den Stationen begrüßt werden.

Spanien.

* **Madrid**, 1. März. (Telegramm.) Marschall Martinez Campos hatte in den letzten Tagen mehrere Conferenzen mit dem Sultan von Marokko. Wie es heißt, soll der französische Leibarzt des Sultans diesem den Rath gegeben haben, die von Spanien geforderte Entschädigung zu verweigern. Man ist weiterhin in spanischen politischen Kreisen der Ansicht, daß es den Intentionen Italiens nicht entsprechen würde, wenn der Einfluß Spaniens in Marokko an Ausdehnung gewinnt.

Großbritannien.

* **London**, 1. März. (Telegramm.) Wie das „Reuter'sche Bureau" aus gut unterrichteten Kreisen meldet, hat Gladstone anläßlich seiner Audienz bei der Königin nicht seine Entlassung berührt; dieselbe bezog sich vielmehr auf das legislative Programm der letzten Session des Parlamentes. Die Königin reist am 13. März nach Florenz ab. — Officiös wird gemeldet, daß Gladstone erst in einigen Monaten sein Entlassungsgesuch einreichen werde. Einstweilen behält er den Titel des Premierministers noch bei, während Lord Rosebery die Geschäfte weiter führen soll. — Der Correspondent der Wiener „N. Fr. Pr." meldet, daß trotz des officiösen Dementis der Rücktritt Gladstone's schon in der nächsten Zeit bevorstehe. Gladstone's Augenleiden, sowie seine ganze Position hätten sich seit der Biarritzer geschraubten Erklärung entschieden verschlimmert.

* **London**, 1. März. (Telegramm.) Ein Polizeibeamter fand gestern vor der Thür des Bankhauses Moore & Robinson ein Kästchen, welches ein Uhrwerk, eine flüssige Masse und eine Menge Eisenstücke enthielt.

Schweden und Norwegen.

* **Stockholm**, 28. Februar. Der Chef der Hofverwaltung, Hofmarschall Graf von Rosen, ist heute gestorben. — Der Reichstag nahm einen Gesetzentwurf an, durch welchen die Verfassung dahin abgeändert wird, daß die Zahl der Mitglieder der Ersten Kammer auf 150, die Zahl der Mitglieder der Zweiten Kammer auf 230 festgesetzt wird, von denen 150 auf dem Lande und 80 in den Städten zu wählen sind.

Rußland.

* **Petersburg**, 28. Februar. Entgegen anderweitigen Nachrichten wird versichert, daß der Zustand des Herrn von Giers das Schlimmste befürchten lasse.

Orient.

* **Belgrad**, 28. Februar. Der Metropolit Michael erhielt von hohen Persönlichkeiten aus Petersburg und Moskau, unter Anderem auch von Herrn von Giers, Zuschriften, in welchen ihm nahe gelegt wurde, seinen ganzen Einfluß für die Verträglichkeit unter den Parteien in Serbien einzusetzen.

* **Bukarest**, 28. Februar. Der deutsche Gesandte, Graf Leyden, wurde heute vom König in Privataudienz empfangen und wird in der nächsten Woche sein Beglaubigungsschreiben überreichen. — Die Kammer genehmigte in ihrer heutigen Sitzung mit 76 gegen 4 Stimmen den Auslieferungsvertrag mit England.

Amerika.

* **Newyork**, 1. März. (Telegramm.) Nach den letzten Nachrichten aus Brasilien ist das Ende der dortigen Revolution nahe bevorstehend, einerseits, weil die Insurgenten die drei Kriegsschiffe „Jupiter", „Merkur" und „Venus" verloren haben, andererseits aber auch, weil für die nächste Präsidentenwahl zwei Civilcandidaten vorgeschlagen sind, und damit der Grund der Revolution, welcher sich gegen den Präsidenten Peixoto wegen seiner Eigenschaft als General richtete, hinfällig wird. Man wolle eben keine Militärperson als Präsidenten.

Reichstag.

* Am Schluß der gestrigen Sitzung des Reichstags bemerkte Abg. Dr. von Bennigsen in einer persönlichen Bemerkung: Herr Abg. Richter hat sich mit der angeblichen Spaltung in der nationalliberalen Partei beschäftigt; aber von den Nationalliberalen werden weit mehr Mitglieder für diesen Vertrag stimmen, als die ganze einheitlich geschlossene Phalanx des Abg. Richter nebst seinen früheren Freunden. Ein politisches Testament zu machen hat mir sehr fern gelegen, das wäre auch ziemlich geschmacklos. Allerdings besteht für mich die Möglichkeit, mit Herrn Rickert politisch zusammen zu wirken. Nur bedauere ich, daß ich dies Zusammenwirken mit Herrn Richter und seinen Freunden nicht in Aussicht stellen kann.

* Der dem Reichstag zugegangene Gesetzentwurf wegen Aufhebung des Identitätsnachweises unterscheidet sich in zwei Puncten von der Fassung, welche dem Bundesrath vorgelegt worden war. Die Einfuhrscheine sollen nur binnen sechs Monaten zur zollfreien Einfuhr des betr. Getreidequantums berechtigen, während der Regierungsentwurf eine Dauer von 9 Monaten vorsah. Und betreffs der Mühlen und Mälzereien heißt es in dem jetzigen Entwurf:

Inhabern von Mühlen oder Mälzereien, welchen die vorbezeichnete Erleichterung gewährt ist, werden bei der Ausfuhr ihrer Fabrikate Einfuhrscheine über eine entsprechende Getreidemenge ertheilt, sofern sie diese Vergünstigung an Stelle des im Absatz 1 (bis 6. 7 des Zollgesetzes von 1879) vorgesehenen Erlasses des Eingangszolles für eine der Ausfuhr entsprechende Menge zur Mühle oder Mälzerei gebrachten ausländischen Getreides beantragen.

Sächsischer Landtag.

Nachdruck verboten.

Σ. **Dresden**, 28. Februar. Bei den Ständekammern gingen heute Abend verschiedene Drucksachen ein: 1) Bei der Ersten Kammer ein Antrag der vierten Deputation über die Petition des Handelsgärtners Hermann Bernhard Arnold in Dölitz bei Leipzig, die Baumpflanzungen an der Grenze der Grundstücke betreffend. 2) Bei der Zweiten Kammer erschien ein Antrag der Petitionsdeputation über die Petition des pensionirten Schaffners A. F. Prasse-Dresden, Pensionserhöhung betreffend; weiter ein Antrag derselben Deputation über die Petition des Pfarrers Werner und Genossen in Gröba, Unterstützung zu Vertiefung der durch die Hafenanlage daselbst versiegenden Brunnen betreffend; dann ein Bericht derselben Deputation über die Beschwerde des Eisenbahnassistenten L. F. Erlen v. d. Planitz, Schadenersatzanspruch an den königl. sächsischen Staatsfiscus betreffend. Die anderen Berichte betreffen: 1) die Petition des Gesammtvorstandes des Verbandes Sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter, die Abänderung einiger Paragraphen des Allgemeinen Berggesetzes vom 1868 und der Berggesetznovelle vom 2. April 1884; 2) das Cap. 70 des Staatshaushaltsetats 1894/95, Landesanstalten, und über eine Petition des Landesvereins für innere Mission, eine Unterstützung der Epileptischen Anstalt in Klein-Wachau, sowie 3) einen Antrag zu der Petition des Gemeinderathes zu Niedermärschnitz um Errichtung einer Personenhaltestelle.

Zweite Kammer.

(Schluß der 52. öffentlichen Sitzung am 28. Februar.)

Bezüglich der Linie Bautzen-Brandis begegnete der Abg. Ahnert-Zwenkau der Anschauung, daß die Kosten für Areal-erwerb den Bau unmöglich machen, indem er erklärt, daß die Stadt Brandis das nöthige Areal unentgeltlich zur Verfügung stellen wolle. Abg. Küfert-Kleinmillitz pflichtet dem Vorredner bei. Abg. Fäbritz-Reichwitz bittet für den nächsten Landtag um eine Vorlage. Die Kammer beschließt, den Bau einer Eisenbahnverbindung für das westlich von Trebsen gelegene Striebachgebiet in Erwägung zu nehmen, die Petition der Stadt Brandis zur Kenntniß zu nehmen und den diesbezüglichen Antrag Ahnert und Genossen für erledigt zu erklären.

Zu Horsdorf-Wegunterführung spricht Abg. Küfert-Kleinmillitz. Die Petition wird zur Kenntnißnahme übergeben.

Zu Breitendorf-Haltestelle empfiehlt Abgeordneter Hähnel-Kaporth eine günstige Beurtheilung des Projects. Die Kammer läßt die Petition auf sich beruhen.

Zu Buchholz-Haltestelle hofft Abgeordneter Crüwell-Annaberg, daß das Ziel der Petenten bald erreicht werden möge. Die Petition wird der Regierung zur Kenntnißnahme überwiesen.

Die Petition Coswig-Wegunterführung wird ohne Debatte der Staatsregierung zur Erwägung überwiesen.

Die Cottaer Unterführung läßt die Kammer auf sich beruhen, nachdem Abgeordneter Meckmert den Wunsch ausgesprochen hat, daß dem Verlangen der Petenten später wohlwollend entgegengekommen werde.

Zu Dennhertz-Haltestelle bittet Abgeordneter Leithold-Tetten sich der vorgeschlagenen betriebstechnischen Bedenken entschlagen und dem Bedürfniß entsprechen zu wollen. Die Petition wird der Staatsregierung zur Kenntnißnahme übergeben.

Zu Deuben-Possendorf-Kreischa tritt Abg. Steyer-Reinholdshain für die Wünsche der Petenten ein; die Kammer läßt jedoch die Petition auf sich beruhen.

Die Petition des Stadtrathes Louis Lingke in Dresden, die Anlegung einer Ringbahn für die Stadt Dresden betr., läßt die Kammer ohne Debatte dem Antrag der Finanzdeputation B entsprechend zur Zeit auf sich beruhen.

Zu dem Project Dresden-Schönfeld wird beschlossen, die königl. Staatsregierung zu ersuchen, die Erbauung einer Eisenbahn von Dresden nach dem Hochplateau von Schönfeld zu erwägen und thunlichst dem nächsten Landtag eine Vorlage darüber zu machen, und den diesbezüglichen Antrag Ahnert und die Petition des Eisenbahncomités für die Erbauung dieser Linie für erledigt zu erklären.

Zu Dohna-Landesgrenze sprechen Präsident Ackermann und Abg. Frenzel-Nebelau im Sinne der Petenten. Die Kammer beschließt, die beiden Petitionen, insoweit sie einen Anschluß Liebstadts an das Eisenbahnnetz erstreben, der kgl. Staatsregierung zur Kenntnißnahme zu übergeben, im Uebrigen aber auf sich beruhen zu lassen.

Bei der Petition Elsterberger Bahnhof vertritt Abg. Opitz-Treuen energisch die Wünsche der Petenten, die er als ebenso berechtigt wie bescheiden bezeichnet. Die Kammer beschließt jedoch, die Petition auf sich beruhen zu lassen.

Zu Elstra-Schlesische Bahn hebt Abg. Buchwald-Großenhain nochmals hervor, daß die Petenten bereits längere Jahre auf die Erfüllung ihres Gesuches hätten warten müssen. Im Uebrigen habe die Deputation das Bedürfniß richtig erkannt. Abg. Dr. Minckwitz schließt sich dem Vorredner an. Abg. Kockel-Großwitz bittet um Weiterführung der Bahn nach Bischofswerda. Abg. Reißmann-Kamenz vertritt dasselbe Standpunct wie der Vorredner. Die Kammer beschließt, die betreffende Petition bezüglich der Verbindung von Elstra nach der sächsisch-schlesischen Eisenbahn zur Erwägung, im Uebrigen aber der Regierung zur Kenntnißnahme zu übergeben.

Zu den Frauenstein betreffenden Petitionen spricht Abg. Steyer-Naundorf das Bedauern zur Regierung aus, daß sie die hier in Betracht kommenden wirthschaftlichen Interessen nach allen Richtungen hin in Betracht ziehen werde. Er hält die Linie über Berthelsdorf für vortheilhafter als die über Projchendorf. Präsident Ackermann verwendet sich ebenfalls für Frauenstein. Eine Eisenbahn würde den Ort bald zur Sommerfrische machen. Abgeordneter Seim-Freiberg bemängelt, daß die Deputation nicht den kürzesten Weg gewählt habe. Abg. Steyer-Reinholdshain ist für die Linie über Niederseiditz-Kreischa-Tuppoldswalde. Die Kammer beschließt: „Die auf Erbauung einer Eisenbahn im Bobritzschthal, sowie von Frauenstein nach Klingenberg eingegangenen Petitionen der königl. Staatsregierung zur Kenntnißnahme zu übergeben, die übrigen Petitionen auf sich beruhen zu lassen und die Regierung zu ersuchen, die Einbeziehung Frauensteins in das Eisenbahnnetz in Erwägung zu nehmen.

Zu der Flöhathalbahn spricht Abg. Seim-Freiberg für die Wünsche der Petenten. Abg. v. Lechlschlägel befürchtet. Die Weiterführung sei auf die Dauer unumgänglich. Es entspinnt sich dann eine ziemlich scharfe persönliche Controverse zwischen den Abgg. May und v. Lechlschlägel. Die Kammer läßt schließlich die Petition auf sich beruhen.

Zu Freiberg-Hainichen wendet sich Abg. Herfurth-Leipzig gegen den ablehnenden Deputationsantrag; die Kammer läßt jedoch den Deputationsantrag auf sich beruhen und vertagt die Berathung über die weiteren 43 Petitionsvorlagen auf heute Abend 7 Uhr; eventuell sollen die Berathungen morgen noch fortgesetzt werden.

Σ. **Dresden**, 28. Februar. 53. öffentliche Sitzung. Fortsetzung der Berathungen über die Eisenbahn-Petitionen, Abends 7 Uhr.

Am Regierungstische anwesend die Herren Staatsminister v. Thümmel und einige Regierungscommissare. Die Tribünen zeigen im Gegensatz zu der heutigen Morgensitzung und gestrigen Abendsitzung eine erhebliche Leere.

Die Verhandlungen beginnen mit der Berathung der Petitionen um Erbauung der Linien Großhabichen-Meuselwitz und Meuselwitz-Winterdorf-Kieritzsch. Abg. Roßner-Niederpeckenheim spricht für letztere Linie, Secretair Abg. Ahnert dagegen. Die Kammer läßt beide Petitionen auf sich beruhen.

Zu Großhartmannsdorf-Hauenstein mit Fortführung nach Zschopau nimmt Abg. Heymann das Wort, um zu erklären, daß man nach Lage der Sache für das Votum der Deputation dankbar sein müsse. „Zur Zeit auf sich beruhen zu lassen" sei angeblich dasselbe, wie die Ueberweisung zur Kenntnißnahme. Abg. v. Lechlschlägel-Oberlungwitz und Abg. Schubert-Chemnitz machen noch einige kurze Bemerkungen. Die Kammer beschließt, die Petition zur Zeit auf sich beruhen zu lassen.

Zum Project Grünthal-Rübenau erklärt Abg. Uhlig-Grumbach, daß er mit dem Votum der Deputation zufrieden sei. Aber seine Auftraggeber seien unzufrieden und wünschten, die Petition zur Erwägung übergeben zu sehen. Die Kammer überweist die Petition jedoch dem Votum der Finanzdeputation entsprechend der Regierung zur Kenntnißnahme.

Zu Halsbrücke-Zollhaus, beziehentlich Wildbruff-Nossen spricht Abg. Hartz-Nossen den Dank seiner Wähler für das Deputationsvotum aus. Er hofft, daß der nächste Landtag ein fertiges Decret bringen werde. Abg. Seim-Freiberg tritt für die Wildbruffer Wünsche ein und plaidirt nebenbei für die Stadt Siebenlehn. Abg. Rüder-Roßwein hofft, daß der vorgeschlagenen Erwägung recht bald die That folgen möge. Abg. Steiger-Leutewitz ersucht die Regierung, die Weiterführung der Bahn nach Mittweida nicht außer Acht zu lassen. Abg. Steyer-Naundorf bittet um baldige Durchführung der beiden Linien. Die Kammer beschließt, die königliche Regierung zu ersuchen, die vorstehenden Petitionen, insoweit sie eine Erschließung der Gegend zwischen Wildbruff, Nossen und Freiberg betreffen, in Erwägung zu nehmen, im Uebrigen dieselben zur Kenntnißnahme zu empfehlen, die zuletzt erwähnte Petition aber auf sich beruhen zu lassen.

Die Petition um Verlegung der Haltestelle zu Hartmannsdorf läßt die Kammer Mangels jeder Begründung ohne Weiteres auf sich beruhen.

Zu Hilbersdorf, Güterverladeanlagen betreffend, bemerkt Abg. Steyer-Naundorf, daß der Deputationsantrag das thatsächlich vorhandene Bedürfniß nicht genügend berücksichtige. Die Petition wird der Regierung zur Kenntnißnahme übergeben.

Zur Petition um Errichtung einer Haltestelle in Hundsgrün nimmt Abg. Wehner-Reichen das Wort. Er meint, daß man auch einmal ein Opfer bringen könne, wenn auch eine wesentliche Förderung des Verkehrs nicht zu erwarten sei. Es wird beschlossen, das Gesuch der Regierung zur Kenntnißnahme zu übergeben.

Betreffs der Petition um Errichtung einer Haltestelle in Kemtau tritt Abgeordneter Heymann-Großhartmannsdorf dem ablehnenden Deputationsvotum entgegen. Eine große Anzahl von Einwohnern sei an der genannten Haltestelle interessirt. Die Kammer läßt die Petition auf sich beruhen. Das gleiche Schicksal hat die Petition um Errichtung einer Haltestelle Königswalde und Langebrück.

Bei der Debatte über die Bahnverbindung Lengenfeld-Reichenbach erklärt Abgeordneter Opitz-Treuen, daß ihm ein Deputationsantrag auf „Erwägung" sehr erwünscht gewesen wäre. Lengenfeld werde bei der jetzigen Schlage mit der Gefahr einer allmählichen Entvölkerung bedroht. Secretair Speck schließt sich dem Vorredner an und hofft, daß die Regierung das Project im Auge behalten werde. Die Petition wird schließlich der Regierung zur Kenntnißnahme überwiesen.

Für das Project einer Bahnverbindung Löbau-Weißenberg-Bautzen hatte sich u. A. der volkswirthschaftliche Verein für Bautzen und Umgegend verwendet. Abg. Reißmann-Kamenz spricht seinen Dank für den Deputationsantrag zugleich im Namen der am Erscheinen behinderten Abgg. Wantig und Strauch aus. Die Rentabilität der geplanten Linie sei außer Frage. Abg. Hähnel-Kaporth bittet die Regierung, daß die Strecke Weißenberg-Bautzen fortdauernd mit Wohlwollen behandelt werden möge. Nach einigen Worten des Abg. Kockel wird die Petition der Regierung zur Kenntnißnahme überwiesen.

Bei der Berathung über das Project Lottengrün-Plauen erklärt Abg. Zeidler-Oberlosa, daß sich die Rentabilität der Linie höher stellen werde, als die von der Regierung der Deputation ertheilte Auskunft annehme. Der mangelhaften Verbindung zwischen Falkenstein und Plauen müsse abgeholfen werden. Trotz der warmen Befürwortung des Projectes beschließt die Kammer: die Petition Schilbach's und Genossen, insoweit sie sich auf eine Verbindung der Thumer Brücke mit Lottengrün bezieht, der königlichen Staatsregierung zur Kenntnißnahme zu übergeben, im Uebrigen aber auf sich beruhen zu lassen.

Für die Erbauung einer Linie Mittweida-Frankenau-Königshain-Glauchau-Burgstädt plaidirt Abg. Herfurth-Leipzig für Ueberweisung der Petition zur Kenntnißnahme. Abg. Seydel-Königshain bedauert ebenfalls das Deputationsvotum, welches dahin geht, die Petition auf sich beruhen zu lassen. Abg. Fritzsching-Göppersdorf pflichtet den Ausführungen der Vorredner bei, ebenso Abg. Bretschneider-Freiberg, welcher noch bemerkt, daß ca. 60,000 Einwohner in Frage kämen. Der Referent Abg. Philipp-Radeberg bezeichnet die vorgebrachten Bedenken für unzureichend. Die Kammer läßt hierauf die Petition auf sich beruhen.

Zur Vorlage Mügeln-Radefeld-Kemmlitz-Kroptewitz-Zschoppach-Timmlitzwalde-Großdeuben erklärt Abgeordneter Rülemann-Görlitz, daß die betreffenden drei Petitionen hervorgerufen seien durch die Errichtung der Zuckerfabrik in Cösitzsch. Redner bittet die Regierung um die Wohlwollen für das Project. Die Petitionen werden schließlich zur Kenntnißnahme übergeben.

Betreffs der Petition um Errichtung einer Haltestelle in Neukirchen spricht Abg. Theuerkorn-Chemnitz sein Bedauern über das Deputationsvotum aus. Der Referent, Abg. Philipp-Radeberg, weist darauf hin, daß man infolge der außerordentlichen Terrainschwierigkeiten nicht an das Project herangetreten sei. Die Kammer läßt die Petition gegen eine Stimme auf sich beruhen.

Zu dem Gesuche um Errichtung einer Güterhaltestelle in Niederlößnitz bemerkt Abg. Hahmann-Stollberg, daß zur Zeit der Frachtverkehr von Aue abfordert werde. Die Regierung gebe dem Ort kein genügendes Entgegenkommen. Abg. Dr. Kühlmorgen-Scheibenberg hofft für den nächsten Landtag auf die Genehmigung „zur Erwägung". Die Petition wird zur Kenntnißnahme der Regierung überwiesen.

In Betreff der Petition um Errichtung einer Personenhaltestelle zu Niedermärschnitz liegen zwei Anträge auf die Centren „zur Kenntnißnahme," beziehentlich „zur Erwägung" vor, während die Deputation beantragt, das Gesuch zur Zeit auf sich beruhen zu lassen. Abgeordneter Uhlmann-Stollberg begründet seinen Antrag, die Petition zur Kenntnißnahme zu überweisen. Es sei bereits ein Bahnwärterhaus an der betreffenden Stelle und also die Möglichkeit zur Billetausgabe vorhanden. Abgeordneter Stolle-Meerane bedauert sich, daß ein verhältnißmäßig so unbedeutender Wunsch noch immer nicht erfüllt worden sei. Das Bedürfniß ist unbestreitbar dringend. Redner spricht zugleich in Begründung seines Antrags auf Ertheilung der Centur „zur Erwägung". Regierungscommissar Geh. Finanzrath Dr. Rittersfeld hält die Errichtung der Haltestelle aus Verkehrsgründen nicht für opportun und bittet um Ablehnung des letzteren Antrages. Abg. Stoller-Geyer und Abg. Schubert-Chemnitz treten für den Antrag Stolle-Meerane ein. Der Referent erklärt, daß die Deputation geglaubt habe, den betrieblichen Schwierigkeiten Rechnung tragen zu müssen. Der Antrag Stolle-Meerane wird mit 26 gegen 24 Stimmen abgelehnt, der Antrag Uhlmann-Stollberg mit 30 gegen 24 Stimmen angenommen.

Zur Petition Ortmannsdorf-Oelsnitz um Weiterbau der Mülsengrund-Bahn vertritt Abg. Uhlig-Hermsdorf den Standpunct der Petenten. Die Kammer läßt die Petition auf sich beruhen.

In warmer und beredter Weise spricht Secretair Abg. Ahnert-Zwenkau zugleich im Namen des am Erscheinen verhinderten Abg. Küfert-Kleinmillitz, der bereits in der Deputation eingegangenmäßig für das Project eingetreten ist, für die Bahnlinie Pegau-Groitzsch-Kieritzsch und Bohlen, Röthe, Beiergrohain, Naundorf mit Anschluß Annelshain, Trebsen-Wermsdorf 2c. Der Abg. Roßner-Niederpeckenheim ruft am Ende seiner für den betreffenden Landestheil ebenfalls gehaltenen Rede mit Pathos: „Nun laßt uns endlich Thaten seh'n!" Die Kammer beschließt, die zu dem Project vorliegenden Petitionen, insoweit sie auf Erbauung der Strecke Groitzsch-Kieritzsch gerichtet sind, der königl. Staatsregierung zur Erwägung überweisen zu wollen, im Uebrigen aber zur Zeit auf sich beruhen zu lassen.

Für die Fortführung der Prießnitzthalbahn tritt Abgeordneter Dr. Kühlmorgen-Scheibenberg ein. Er wendet sich gegen die Ablehnung des Projectes seitens der Deputation und beantragt die Centur „zur Kenntnißnahme". Außerdem befürworten den Antrag noch die Abgeordneten Heymann-Großhartmannsdorf, Schubert-Chemnitz, Uhlig-Grumbach und May-Pirna. Referent Abg. Philipp-Radeberg erklärt, man könne aber das Dasein des Entwurfs erwarten, als die Befürwortung eines derartigen ganz unrentablen Projects. Die Petition wird, unter Ablehnung des Antrags von Dr. Kühlmorgen, auf sich beruhen gelassen.

Zum Project Reitzenhain-Satzung spricht ebenfalls Abg. Dr. Kühlmorgen im Sinne der Petenten.

Die Kammer läßt die Petition auf sich beruhen.

Gegen die ausgeführte Haltestelle Kappertsgrün ist von der Regierung das zu starke Gefälle geltend gemacht worden. Abg. Zeidler-Oberlosa wendet sich gegen diese Anschauung und meint, daß die Errichtung einer Haltestelle keineswegs besondere Schwierigkeiten biete. Auch die Einwohnerzahl des Ortes betrage nicht 300, sondern das Doppelte. Die Petition wird zur Kenntnißnahme übergeben.

Zu Schmiedeberg-Hermsdorf-Rehefeld nimmt Abg. Steyer-Reinholdshain Kenntniß der Petenten das Wort. Die Kammer läßt die Petition auf sich beruhen, ebenso die Petition Schönau-Haltestelle.

Betreffs der Schweinitzthalbahn (Hirschberg-Deutsch-Einsiedel) bemerkt Abgeordneter von Lechlschlägel daß man nicht früher auf das Project eingegangen sei. Die Kammer läßt die Petition zur Zeit auf sich beruhen. Zu Schwepnitz, Kamenz und Bautzen sprechen die Abgeordneten Reißmann und Kockel. Die Kammer beschließt die Petitionen, insoweit sie den Anschluß von Schwepnitz an das Eisenbahnnetz erstreben, der königl. Staatsregierung zur Erwägung, im Uebrigen aber zur Kenntnißnahme zu übergeben.

Für Seerhausen, Güterstation, spricht Abgeordneter Uhlig. Die Petition wird zur Kenntnißnahme überwiesen.

Zu Sehma, Güterhaltestelle, meint Abg. Uhlig-Grumbach auf die industriellen Interessen hin, welche die Errichtung erheischen. Die Kammer läßt die Petition auf sich beruhen.

Zu Syrau, Haltestelle, tritt Abg. Zeidler-Oberlosa dafür ein, die Petition zur Kenntnißnahme zu überweisen. Es geschieht dies.

Dasselbe geschieht mit der Petition Thierbach, Haltestelle.

Bezüglich der Bahnlinie Thum, Jöhstadt, Schönfeld, Geyer 2c. äußerten Abgg. Uhlmann-Stollberg und Dr. Kühlmorgen ihre Befriedigung über den Deputationsantrag. Abg. Schubert bringt noch einige Wünsche bezügl. der Stadt Thum vor. Die Kammer beschließt: die Herstellung einer geeigneten normalspurigen Verbindung der Chemnitz-Aue-Adorfer Eisenbahn von Jöhstadt ab mit der Annaberg-Schönfeld-Berger Linie und Einmündung derselben zwischen Scheibenberg und Schlettau, unter Berührung der Städte Grünhain und Elterlein, der königl. Staatsregierung zur Erwägung zu übergeben; der Inhalt der Petitionen, insoweit er sich auf den Anschluß der Schmalspurbahn von Ehrenfriedersdorf nach Tannenberg an die Geyer-Schönfelder Schmalspurbahn bezieht, sowie die Petition der Gemeinde Bernsbach der königl. Staatsregierung zur Kenntnißnahme zu übergeben und den übrigen Inhalt der Petitionen auf sich beruhen zu lassen. — Schluß der Sitzung ½11 Uhr Nachts. — Nächste Sitzung Donnerstag Vormittag 10 Uhr.

Σ. **Dresden**, 28. Februar. Heute Vormittag unternahmen die Mitglieder der Ersten Kammer eine Besichtigung der neuen Dresdner Bahnhofs- und Hafenbauten. An der von der Generaldirection der Staatsbahnen arrangirten Sonderfahrt nahmen außer den Mitgliedern der Ständekammer, unter denen sich der Präsident der I. Kammer Graf Könneritz, sowie der Minister des königl. Hauses Staatsminister a. D. von Nostitz-Wallwitz befanden, seitens des königl. Finanzministeriums die Herren Geh. Rath Meusel und Geh. Finanzrath Schulze Theil, während die Generaldirection durch die Herren Generaldirector Geh. Rath Hofmann, Geh. Finanzrath von der Planitz, Finanzrath Peters, technischen Referenten für die Bahnhofsbauten, Finanzräthe Dr. Kürsten, Bergk, sowie Finanzassessor Elterich vertreten war. Nach Herr Baurath Klette nebst den zu seinem Ressort gehörenden Bauinspectoren Rüder, Wolf, Zoller und Menzner, sowie Herr Bauinspector André nahmen an der Rundfahrt Theil. Der Verlauf derselben gestaltete sich ganz in derselben Weise, wie dies am 20. Februar geschehen war, als die Mitglieder der Zweiten Kammer die Neu- und Umbauten besichtigten.

Die Petition des Gesammtvorstandes des Verbandes sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter wegen Aenderung des Gesetzes in Bezug auf die Sicherheit und Gesundheit des Betriebes in Bergwerken ist von der Regierung eingehend begutachtet und von der Deputation ebenso besprochen worden. Zu dem Wunsche a. § 54 und § 55 der Ausführungsverordnung zum Berggesetze, welche unter Anderem vorschreiben, daß jedes im Betriebe stehende Berggebäude je nach der Ausdehnung und Gefährlichkeit des Betriebes in kürzeren oder längeren Zwischenräumen, jährlich aber mindestens einmal zu besichtigen ist, sollen dahin geändert werden, daß jedes Berggebäude alljährlich mindestens viermal revidirt werden soll; ist zu bemerken, daß schon jetzt, wenn irgend möglich, mehr als vier Mal und unangemeldet revidirt wird, ja es ist jedes Steinkohlenwerk durchschnittlich jährlich 8—12 Mal unterrichtlich untersucht worden; b. den Berginspectoren sollen von den Bergarbeitern in geheimer Abstimmung gewählte, vom Staate bezahlte Arbeiterbeamte beigegeben werden, da die Befähigung dieser „geheimen" gewählten „Beamten" nicht nachgewiesen ist und aus sonstigen Rücksichten spricht sich die Regierung dagegen aus; c. den Berginspectoren soll die Befugniß zur Auferlegung von Strafen eingeräumt werden (hiergegen spricht sich die Regierung aus); d. die Revisionen der Berggebäude sollen ganz unverhofft und unangemeldet geschehen (geschieht immer, wo es möglich ist); e. die Einrichtung der Mannschaftsbäder soll in den sächsischen Werken obligatorisch gemacht werden (wird im Auge behalten und ist schon vielfach eingeführt); f. es soll gesetzlich angeordnet werden, daß an Orten, wo die Temperatur eine höhere als 28° C ist, die Arbeitsschicht nicht über sechs Stunden betragen dürfe — das Gesetz läßt überhaupt eine Arbeit in Temperatur über 40° C nur im Falle der Noth (Arbeitung der Gruben und Rettung) und zwar auch höchstens 4½ Stunden an einem Tage zu; ferner darf jetzt auch nur 6 Stunden bei einer Temperatur von 30° C gearbeitet werden; g) es soll den Bergwerksbesitzern die Verpflichtung auferlegt werden, bei nasser Arbeit für wasserdichte Kleidung auf ihre Kosten zu sorgen — es sind jetzt schon entsprechende Vorkehrungen getroffen; h) der Gedingearbeit soll gesetzlich abgeschafft und durch einen Mindestlohntarif ersetzt werden, oder falls dies nicht zu erreichen; es soll eine gesetzliche Bestimmung dahin getroffen werden, daß bei Gedingearbeiten das naturgemäß festgestellte Schichtlohn als Minimum zu gewähren sei; hiergegen wendet sich die Regierung, ferner gegen i) Abschaffung der Tantièmezahlung an die Beamten.

Die Deputation beantragt:

die Petition in den vorstehend unter d, e, f, g bezeichneten Puncten der königlichen Staatsregierung zur Kenntnißnahme zu überweisen; in den Puncten a, b, c, h, i aber auf sich beruhen zu lassen;

ferner:

1) die Petition, so weit sie auf Abschaffung der Arbeitsbücher und Arbeitszeugnisse gerichtet ist, auf sich beruhen zu lassen;
2) die königliche Staatsregierung zu ersuchen, bei einer Revision des Berggesetzes in Erwägung zu ziehen, ob es sich nicht empfehle, die §§. 75 und 76 des Berggesetzes in der Weise abzuändern, daß
   a. die Arbeitszeugnisse auf die Art und Dauer der Arbeit beschränkt werden, sofern nicht der abgehende Arbeiter Erstreckung des Zeugnisses auf seine Führung und Leistungen sowie die Ursache des Abganges verlangt,
   b. die Arbeitsbücher bei großjährigen Arbeitern durch einfache Zeugnisse — sogenannte Arbeitszeugnisse — ersetzt werden,
   c. eine Bestimmung aufgenommen werde, welche den Arbeitgebern untersagt, die Zeugnisse mit Merkmalen zu versehen, welche den Zweck haben, den Arbeiter in einer aus dem Wortlaute des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu kennzeichnen, und die Zuwiderhandlung mit Strafe bedroht;
3) die Erste Kammer zum Beitritte zu dem Beschlusse unter 2 einzuladen.

Colonial-Nachrichten.

* Ueber die vielbesprochene Sitzung von 15 Colonial-Interessenten im Auswärtigen Amt, die von der Colonial-Abtheilung einberufen war, um vor Eintritt in die Verhandlungen mit Frankreich die deutsche Stellungnahme gegenüber den französischen Ansprüchen zu besprechen, erfährt die „K. Z.", daß der Präsident der Colonialgesellschaft Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, ferner der Vorsitzende des Kamerun-Comités Consul Bohlen sowie Vertreter verschiedener Colonial-Abtheilungen, u. A. Graf Dürckheim, Geh. Commerzienrath Langen, Prof. Dr. Hasse, Justizrath Bejunge, P. Staudinger u. A., zugegen gewesen sind. Die größere Anzahl der Herren waren für einen Abschluß mit Frankreich, da sich die Regierung aus Spartanitätsrücksichten nicht in der Lage erkläre, neue Expeditionen jenseits des 15° zu entsenden, und man annehmen müsse, daß die einzige ausgesandte Expedition (vom Kamerun-Comité unter Führung des Barons von Uechtritz und Dr. Passarge) nicht die vielen Erfolge der französischen Expeditionen aufwiegen würde. Indes war eine glückliche Rückkehr derselben nicht sicher, da sie nur aus 76 Mann bestand und in noch zum größten Theil unbekannte Gebiete zog, z. B. in solche, die de Maistre mit gegen 200 Mann und unter größter Mühe und heftigen Verlusten durchzogen hatte. Ferner rückt ungeschicklich, wie Herr v. Uechtritz meldet, eine von Savorgnan de Brazza entsandte französische Expedition von 100 Mann von Ngaundere I nach Bagirmi und sammelt sich noch der „Revue Coloniale" eine 1000 Mann starke Expedition, deren Führung, nachdem Major Monteil nach Berlin gereist, dem Lieutenant Julien anvertraut ist, am Ubangi-Knie, um in drei Abtheilungen auf den Pfaden Crampel, Dybowski und de Maistres Bagirmi zu erreichen. Also drei Expeditionen stehen jetzt demselben Ziel zu, und wenn auch die deutsche ein wenig Vorsprung vor der zweiten hat und der dritten sogar drei Monate voraus ist, so ist sie doch die schwächste und kann ohne große Geschenke nicht viel ausrichten, zumal da bald mächtigere Mitbewerber eingreifen. Diese Gründe schienen den meisten Herren so gewichtig, daß sie sich rückhaltlos für eine Verständigung und einen Vertragsabschluß mit Frankreich aussprachen. Man müsse die günstige Lage, die durch das Vorhandensein und bisher glückliche Vorgehen der v. Uechtritz'schen Expedition geg